



Für eine Umgestaltung des Wilhelmsplatz gibt es bereits Ideen. Diese könne man ohne zusätzliche Gelder im Haushalt aber nicht umsetzen, betont die Stadtverwaltung. Fotos: Philipp Rothe



Der Marktplatz im Pfaffengrund hat zumindest ein paar Pflanzen und Bänke bekommen. Auch hier wünschen sich viele eine richtige Aufwertung.

Für schönere Plätze fehlt das Personal

Gemeinderäte und Bürger wünschen sich Aufwertung – Verwaltung sieht ebenfalls Bedarf – Es gebe jedoch keinerlei Kapazitäten

Von Denis Schnur

Mehr Sitzgelegenheiten, Spiel- und Sportangebote, bessere Strom- und Wasserversorgung für Feste und Märkte – und vor allem deutlich mehr Grün und Schatten: Das wünschen sich viele Heidelbergerinnen und Heidelberger für die zentralen Plätze in ihren Stadtteilen. Für den Wilhelmsplatz in der Weststadt hatte sich dafür im vergangenen Jahr bereits eine Initiative gegründet. Ein ungewöhnliches Bündnis aus FDP und Linken im Gemeinderat hat nun zudem beantragt, dass die Stadtverwaltung ein Verfahren entwickelt, nachdem wichtige Plätze in allen Stadtteilen aufgewertet werden können – mit dem „Willi“ als Pilotprojekt bereits in diesem Jahr.

„Die Plätze in den Stadtteilen sind gerade in Corona-Zeiten als Räume der Begegnung mit Abstand und für Freiluft-Aktivitäten noch wichtiger geworden“, begründen die beiden Fraktionen ihren Vorstoß. Weil die möglichen Nutzungen der Plätze aber so vielfältig seien, müsse

die Neugestaltung gut geplant werden. Dazu hatten sich die liberalen und linken Stadträte ein Konzept aus dem Rathaus erhofft: „Die Verwaltung macht einen Vorschlag für ein mögliches Planungsverfahren mit verschiedenen Entwürfen, das die Chance für eine durchdachte und ganzheitliche Gestaltung bietet“, heißt es im Antrag. Dabei sollten auch die Anwohner, die täglichen Nutzer und gegebenenfalls ansässigen Gastronomen mit ihrer Expertise eingebunden werden. Die Umgestaltung des Wilhelmsplatzes, für den bereits Vorschläge vorliegen, sollte dabei als Blaupause für andere Stadtteilplätze dienen.

Im Rathaus hat man zwar durchaus Sympathien für den Vorstoß und ebenfalls erkannt, dass die Nachfrage nach einer Modernisierung der Stadtteilplätze besteht: „Der Antrag bringt den Wunsch der Bürgerschaft nach einem qualitativ voll gestalteten öffentlichen Raum zum

*Zwei von drei
Stellen nicht besetzt*

Ausdruck“, heißt es in einer Infovorlage, die am 17. Januar im Stadtentwicklungsausschuss (17 Uhr, Rathaus) vorgestellt wird. Zudem würde man sich auch in der Verwaltung eine systematische Analyse der öffentlichen Plätze in der Stadt wünschen, um im Anschluss eine Prioritätenliste zu erstellen, welcher wann und wie modernisiert werden soll. Denn gerade bei den Freiflächen, die zwischen 1950 und 1990 entstanden seien, bestehe durchaus „Aufwertungsbedarf“.

Jedoch: Wie Oberbürgermeister Eckart Würzner den Gemeinderäten bereits im Juli 2022 in einem Brief mitteilte, fehle der Verwaltung für solche Prozesse derzeit schlicht das Personal. Das habe sich auch in der Zwischenzeit nicht geändert: „Der Leiterin der Abteilung Stadtgestaltung im Stadtplanungsamt fehlen derzeit zwei von drei Mitarbeitenden. Eine Stelle konnte dabei auch in der dritten Ausschreibungsrunde nicht besetzt werden

und ist somit bereits seit längerer Zeit vakant“, betont die Verwaltung in der Infovorlage.

Die vorhandenen Mitarbeiter der Abteilung müssten zudem andere Maßnahmen bearbeiten: „Die Prioritäten konzentrieren sich derzeit auf Projekte wie Modernisierung Bismarckplatz, Freiflächengestaltung Montpellierplatz und Gestaltung Universitätsplatz“, schrieb Würzner im Juli. „Andere, ebenfalls als dringlich erachtete Projekte können derzeit nicht bearbeitet werden.“

Zumal die konzeptionelle Aufwertung von Plätzen mit der Einbindung von Stadtteilinitiativen und Bürgerschaft sehr aufwendig sei und „auch bei einer vollständigen Besetzung aller vorhandenen Stellen nur mit einer personellen Aufstockung geleistet“ werden könne, fügt die Verwaltung nun hinzu. Das gelte auch für das Pilotprojekt Wilhelmsplatz: „Sollte dies weiterverfolgt werden, müssten entsprechende Ressourcen in den zukünftigen Haushalten berücksichtigt werden.“